

## „Neues Gesetz: Grüne fordern Lizenzpflicht für Berliner Vermieter“

Die Berliner Grünen fordern eine „Lizenz zum Vermieten“, um soziale Standards und Wohnqualität zu sichern. Ein Gesetz soll im Herbst vorgestellt werden.



### Ein Umdenken im Berlin Wohnungsmarkt?

In einer entscheidenden Wendung fordern die Berliner Grünen eine umfassende Reform im Mietrecht, die einer „Lizenz zum Vermieten“ gleichkommt. Dieses Konzept soll dazu beitragen, den stagnierenden und oft unregulierten Wohnungsmarkt in der Hauptstadt zu reformieren und sozialen Wohnraum sicherzustellen. Besonders betroffen von dieser Gesetzesinitiative sind größere Vermieter, die mehr als 80 bis 100 Wohnungen in ihrem Portfolio verwalten.

### Regelungen für größere Vermieter

Laut den Vorschlägen der Grünen, angeführt von Fraktionschef

Werner Graf, sollen Vermieter, die Tausende von Wohnobjekten verwalten, spezifische Anforderungen erfüllen. Die genaue Anzahl an Wohnungen, ab welcher diese Vorgaben gelten, wird derzeit noch präzisiert. Graf erläutert, dass Vermieter mit 1.000 bis 3.000 Wohnungen 15 Prozent Sozialwohnungen bereitstellen müssen. Für diejenigen mit mehr als 3.001 Einheiten sollen es sogar 25 Prozent sein. Dies soll sicherstellen, dass große Unternehmen einen gerechten Anteil an sozialem Wohnraum bieten.

## **Instandhaltungspflicht und Transparenz**

Ein weiterer wichtiger Punkt der geplanten Reform ist die Verpflichtung zur Instandhaltung der Wohnungen. „Das ist wichtig, damit Vermieter nicht nur Profite aus den Immobilien ziehen, sondern die Gebäude tatsächlich in einem guten Zustand erhalten“, erklärt Graf. Diese Maßnahme soll verhindern, dass Mieter aufgrund von mangelhaften Wohnverhältnissen aus ihren Wohnungen gedrängt werden.

Zusätzlich sollen neue Regelungen für mehr Transparenz sorgen. Vermieter müssten in Zukunft genaue Mietpreise und mögliche Eigenbedarfskündigungen angeben, was ein längst überfälliges Miet- und Wohnungskataster für Berlin erfordert. Graf ist der Meinung, dass diese Maßnahmen langfristig die Mietpreise stabilisieren könnten.

## **Mieterschutz in der Politik**

Die Kritik der Grünen richtet sich auch gegen die bestehende Koalition von CDU und SPD. Nach Graf gibt es aktuell wenig Anstrengungen, um den Mieterschutz in Berlin zu gewährleisten. Der Fraktionschef fordert rechtlich verbindliche Maßnahmen, um die Vermieter an ihre sozialen Pflichten zu binden. „Es kann nicht sein, dass für das Vermieten keine Regeln existieren, während andere Berufe wie Friseure oder Handwerker spezielle Qualifikationen benötigen“, so Graf.

# Die Relevanz der geplanten Gesetzgebung

Diese Initiative hat das Potenzial, die Wohnsituation in Berlin maßgeblich zu verändern. Durch die Schaffung von verbindlichen Standards und der Erhöhung von Sozialwohnungen könnte die Stadt einen Schritt in die richtige Richtung machen, um den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum zu decken. Die von Vonovia, einem der größten privaten Vermieter in Berlin, verschickten Mieterhöhungen, die die gesetzlichen Grenzen ausnutzen, verdeutlichen die Dringlichkeit dieser Reformen.

Für die Berliner ist es entscheidend, dass nicht nur Politik sichtbar stattfindet, sondern auch konkrete Resultate in Form von sozialem Wohnraum. Diese Reform könnte ein neuer Ansatz sein, um den Herausforderungen des Berliner Wohnungsmarktes gerecht zu werden und letztlich einer breiteren Bevölkerungsschicht Zugang zu fairem Wohnraum zu ermöglichen.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**